

Neuantrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe

1. Allgemeine Angaben

1.1 Antragsteller

Name: Dr. Jürgen Gerhards
Stellung: Universitätsprofessor

1.2 Thema: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Eine länder-, zeit- und medienvergleichende Untersuchung.

1.3. Kennwort: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung

1.4 Fachgebiet: Kommunikationswissenschaften, Soziologie der Öffentlichkeit, Politische Soziologie

1.5 Voraussichtliche Gesamtdauer: 24 Monate

1.6 Antragszeitraum: 24 Monate

1.7 Beginn der Förderung: 01.04.2004

1.8 Zusammenfassung

Wir wollen mit Hilfe einer systematischen Inhaltsanalyse von verschiedenen Zeitungen ländervergleichend (Deutschland und Großbritannien) und zeitvergleichend (1993-2002) untersuchen, welchen Akteuren in den Massenmedien die Verantwortung für Entscheidungen, die mit der Europäischen Union in Zusammenhang stehen, attribuiert wird. Dabei gehen wir von folgenden Hypothesen aus: 1. Die nationalstaatlich versäulte Struktur von Öffentlichkeit und die strukturelle Öffentlichkeitsschwäche der EU Institutionen führen dazu, dass sich die nationalen Regierungen Erfolge selbst zuschreiben, Misserfolge hingegen den Institutionen der Europäischen Union zugeschrieben werden, was langfristig zu einer Delegitimierung der Institutionen der EU führen dürfte. 2. Wir vermuten, dass im Zeitverlauf (1993-2002) das Ausmaß der Schuld attribution für Misserfolg an die EU-Organe schwächer geworden ist, da sich a. die Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen der EU intensiviert hat und b. die europäisch arbeitenden Journalisten als Gegeninterpreten zu den nationalen Regierungen an Bedeutung gewonnen haben. 3. Wir gehen von der Hypothese aus, dass je nach ideologischer Orientierung einer Zei-

tung die Attribuierung von Verantwortung unterschiedlich ausfällt. 4. Schließlich gehen wir von der Vermutung aus, dass in Ländern, die durch eine EU-kritische Haltung gekennzeichnet sind, die Schuld attribution für Misserfolg an die Institutionen der EU höher sein wird als in Ländern, die eher EU-freundlich orientiert sind.

2. Stand der Forschung, eigene Vorarbeiten

2.1 Stand der Forschung

Zu den Forschungsfragen, die in dem beantragten Projekt behandelt werden sollen, liegen nach unserer Kenntnis des Literaturstandes keine unmittelbaren Forschungsergebnisse vor. Allerdings können wir mit unserem Forschungsdesign an Fragestellungen und Erkenntnisse anknüpfen, die in benachbarten Forschungsgebieten behandelt wurden und werden.

2.1.1 Attributionsforschung

Die „Attribution von Verantwortung“ ist ein vorwiegend in der Sozialpsychologie untersuchter Gegenstand mit einer mittlerweile kaum zu überschauenden Anzahl theoretischer und empirischer Arbeiten (als Überblick vgl. Ficham und Hewstone 2002; Försterling und Stiensmeier-Pelster 1994). Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, ob ein Akteur die Ursache eines Handlungsergebnisses in seiner Person sieht, also von ihm intendiert wurde (Selbstzuschreibung des Handlungsergebnisses) oder durch äußere Umstände und situative Gegebenheiten erzwungen sieht (Fremdzuschreibung des Handlungsergebnisses). Ergebnisse aus Untersuchungen zu individueller Leistungsmotivation belegen, dass Attributionsverhalten zwischen verschiedenen Charaktertypen variiert, in der Tendenz aber die Akteure sich Erfolge selbst zuschreiben, während Misserfolge auf widrige Umstände zurückgeführt werden.

In der Kommunikations- und Medienwissenschaft werden unter Anwendung sozialpsychologischer Attributionstheorien massenmedial vermittelte Diskussionen und Interpretationen von Wahlergebnissen (vgl. Tennert und Stiehler 2001; Stiehler 2000; Försterling 2000; Stiehler und Marr 1996; Försterling und Groeneveld 1983) und Sportergebnissen (vgl. Stiehler und Marr 1995; Möller 1993) untersucht. Die dabei im Vordergrund stehenden Zuschreibungen der Ursachen und Verursacher von Erfolg resp.

Misserfolg ergeben sich, so Stiehler (2000: 106ff.), aus der Interpretationsbedürftigkeit der Ergebnisse. Dabei zeigen die o.a. Inhaltsanalysen, dass die in den Medien dargestellten Akteure Erfolg und Misserfolg nach den gleichen, aus sozialpsychologischen Experimenten bekannten Mechanismen attribuieren, beispielsweise eine Wahlniederlage auf die widrigen Umstände und den Wahlsieg auf die eigene Kompetenz.¹ Versuche, die massenmediale Attribution von Verantwortung im Hinblick auf das Handeln der Institutionen der EU zu analysieren liegen nicht vor, obwohl das Phänomen der Fremdattribution von politischem Misserfolg auf die EU durchaus als mögliches strukturelles Problem benannt wurde (Gramberger und Lehmann 1995: 195f.). Im Blickfeld von Inhaltsanalysen der EU-Nachrichtenberichterstattung stehen allenfalls Bewertungen der Europäischen Union und ihrer politischen Entscheidungen durch die einzelnen Mitgliedsländer (zur EU-Darstellung im Ländervergleich, vgl. Peter 2003; de Vreese 2001; de Vreese et al. 2001). Die dabei häufig festgestellte negative Bewertung der EU hat Überlegungen und Studien angeregt, die sich mit den Effekten einer negativen Darstellung der EU beschäftigen (vgl. Norris 1999; zur Untersuchung der Folgen der Medienberichterstattung auf die Bevölkerungseinstellungen am Beispiel der Einführung des Euros, vgl. Maier et al. 2002).

2.1.2 „Framing“-Forschung

Fragen der Attribution von Verantwortung in und durch die Medien werden *mittelbar* noch in einem anderen und weiteren Forschungskontext behandelt. Innerhalb des Framing-Konzepts werden Zuschreibungsprozesse als Elemente eines umfassenderen sozialen Konstruktions- bzw. Rahmungsprozesses verstanden. Wenngleich der Begriff „Framing“ in verschiedenen Disziplinen auf sehr unterschiedliche Gegenstände und Dimensionen bezogen und daher unterschiedlich verwendet wird,² liegt ihm die Annahme zugrunde, dass Realitätswahrnehmung sozial konstruiert ist. Nach Goffman (1977) wird unter einem sozialen Rahmen (frame) ein bestimmtes Wahrnehmungsmus-

¹ Ein weiteres daran geknüpftes Forschungsinteresse, das für unser Projekt allerdings nur von nachgeordneter Relevanz ist, liegt in der Frage nach den Effekten der durch die Massenmedien vermittelten Attributionen auf die Zuschauer. Stiehler/Marr (1995) vergleichen beispielsweise auf der Grundlage von Rezipientenbefragungen, inwieweit die Zuschauer die durch die Medien angebotenen Interpretationen übernehmen. Dass dies insbesondere bei Fernsehzuschauern tatsächlich der Fall war, deuten sie als kurzfristige Medieneffekte.

² Einen guten Überblick über eine Vielzahl von Studien aus den Bereichen der Neuen sozialen Bewegungen, der (Öffentlichkeits-)Soziologie und der Kommunikations- und Medienwissenschaft gibt Scheufele (1999).

ter verstanden, mit dem Ereignisse und Sachverhalte als Informationen geordnet und verarbeitet werden können. Mit dem Framing geht die Betonung bestimmter Aspekte der Ereignisse bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer einher, was zu einer spezifischen Interpretation führt. Das Thema „Attribution von Verantwortung“ wird im Kontext von zwei Framing-Ansätzen diskutiert:

1. In der Tradition der Bewegungsforschung wird Framing als Mobilisierungsstrategie von Protestakteuren verstanden (vgl. Snow et al. 1986; Snow und Benford 1988; Gerhards und Rucht 1992). Man nimmt an, dass eine der Bedingungen für eine erfolgreiche Mobilisierung im übereinstimmenden Framing, also einer identischen Deutung von Sachverhalten durch die Protestakteure der sozialen Bewegung liegt. Um dieses Ziel zu erreichen, handeln Protestakteure strategisch, indem sie durch entsprechende Framingprozesse einen gemeinsamen Deutungsrahmen entwickeln. Diese Strategien umfassen die Definition eines Sachverhaltes als Problem, die Identifikation von Ursachen und Verursachern sowie von Adressaten zur Problemlösung, die Deutung von Erfolg der Zielsetzung und schließlich die Selbstlegitimation der Protestakteure (vgl. Gerhards 1992; 1993b; McAdam 1994). Um ausreichende gesellschaftliche Resonanz zu erzeugen, bedienen sich Protestakteure in der Regel massenmedialer Kommunikation. Daher setzen empirische Framing-Analysen oft an den Inhalten der Medienberichterstattung an (Gamson und Modigliani 1989; Gamson und Stuart 1992; Gerhards et al. 1998; Ferree et al. 2002). Attributionsprozesse werden aber empirisch in den erwähnten Studien nicht detailliert untersucht.

2. Kommunikationswissenschaftliche Studien das Framing rücken Journalisten als eigenständige Deutungsakteure in den Untersuchungsfokus, da diese durch Auswahl und Darstellungsweise der zu berichtenden Ereignisse – bewusst oder unbewusst – bestimmte Deutungen nahe legen können. Das Framing von Medieninhalten dient demnach als Erklärungskonzept für die Nachrichtenselektion und Nachrichtenstrukturierung von Journalisten (vgl. Scheufele und Brosius 1999; Brosius und Eps 1993). Journalisten, so die Annahme, wählen Ereignisse, die sich in einen bestimmten Bezugsrahmen einfügen lassen und betonen Ereignisaspekte, die den dominanten Merkmalen des Bezugsrahmens entsprechen. Anhand ihrer Untersuchungen zeigen die Autoren eine relative Stabilität der journalistischen Frames, verweisen aber auch darauf, dass sie sich

unter dem Einfluss von Schlüsselereignissen verändern können.³ Inwieweit mit bestimmten Deutungsrahmen auch Zuweisungen von Verantwortlichkeit verbunden sind, wurde nicht untersucht. Die Studie von Iyengar (1991) nimmt eine Sonderstellung ein, da sie das Framing in den Medien mit der Verantwortungsattribution der Zuschauer verbindet. Iyengar belegt, dass unterschiedliche journalistische Darstellungsweisen, nämlich die Präsentation von Ereignissen innerhalb episodischer oder thematischer Rahmen, einen systematischen Einfluss auf die Art und Weise der Verantwortungszuschreibung durch die Rezipienten haben.

2.1.3 Forschungen im Bereich europäische Öffentlichkeit

Das beantragte Forschungsprojekt tangiert weiterhin Forschungsarbeiten, die im Bereich „europäische Öffentlichkeit“ zu lokalisieren sind. Die Frage nach der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit schien bis vor kurzem ein empirisch vernachlässigtes Forschungsfeld zu sein, sieht man von der Analyse der Medienberichterstattung über Wahlkämpfe zum Europäischen Parlament einmal ab (z.B. Schulz 1983; Leroy und Siune 1994; Kevin 2001). Allerdings hat sich diese Situation unlängst verändert: So gibt es nach unserer Kenntnis vier laufende Projekte, die in der Nachbarschaft zu dem hier beantragten Projekt lokalisiert sind, allerdings nicht die gleiche Forschungsfrage wie wir analysieren.⁴ Alle vier Projekte behandeln mit unterschiedlicher theoretischer und empirischer Akzentsetzung die Frage der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Bernhard Peters (Universität Bremen) leitet ein Projekt in dem gerade genehmigten Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ zum Thema „Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU“ (Peters 2002). In dem Projekt soll die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit in fünf Ländern zwischen 1985 und 2005 rekonstruiert und die hemmenden und fördernden Bedingungen der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit beschrieben werden. Theoretisch gesteuert wird das Projekt durch Bezugnahme auf Vorstellungen einer deliberativen Öffentlichkeit (Peters 1999; 1994). Theoretisch ähnlich anspruchsvoll ist ein von Klaus Eder (Humboldt-Universität Berlin) geleitetes Projekt mit dem Titel „Transnationale Öffentlichkeit und die Strukturierung politischer Kom-

³ Zur Frage nach Framing-Effekten, also der Übernahme von Medienframes durch die Rezipienten, vgl. Brosius/Eps (1995).

⁴ Drei der Projekte sind dem Antragsteller recht gut bekannt, weil er entweder als Gutachter oder als „Discussant“ bei der Vorstellung der Projekte tätig war.

munikation in Europa“ (Eder et al. 2000; vgl. die verschiedenen Vorarbeiten der Gruppe: Eder et al. 1998; Eder und Kantner 2000; Eder und Trenz 2001). Eder et al. sprechen von einer europäischen Öffentlichkeit dann, wenn zur gleichen Zeit die gleichen Themen diskutiert und die Themen unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten verhandelt werden. Ob und in welchem Maße dies der Fall ist, wollen sie durch eine Medienanalyse im Ländervergleich herausfinden. Ruud Koopmans (WZB) leitet ein von der EU finanziertes Projekt mit dem Titel „The Transformation of Political Mobilization and Communication in Europe“ (Koopmans und Statham 2001; Koopmans 2001). Ebenfalls im Mehrländervergleich (sieben Länder) versucht die Gruppe für sechs Politikfelder die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit zu analysieren. Neben einer Analyse von Medienkommentaren und einer Internetanalyse liegt das Hauptaugenmerk der Studie auf einer medialen „Claims-Analyse“. Im Zentrum stehen die Fragen: a. welche kollektiven Akteure formulieren b. wie, c. an welchen Adressat gerichtet, d. welche Forderung mit e. welcher Begründung. Da die Autoren im Hinblick auf alle genannten Dimensionen verschiedene Ebenen (national/europäisch/international) unterscheiden, werden sie in der Lage sein, den Grad und die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit zu beschreiben. Schließlich führt Jochen Peter (Amsterdam) eine Analyse der Fernsehberichterstattung über Europa in privaten und öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten in fünf verschiedenen Ländern durch (Peter 2003; Peter und Vreese 2003; de Vreese 2001; de Vreese et al. 2001). Ziel dieser Studie ist es, die Menge und die Art der Berichterstattung über die EU zu beschreiben und Länderunterschiede zu erklären.

Das hier beantragte Projekt hat mit den vier erläuterten Projekten gemeinsam, dass es ebenfalls in dem allgemeinen Rahmen „Entstehungsbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit“ zu platzieren ist. Wir konzentrieren uns aber auf eine spezielle, für die Legitimation der europäischen Institutionen wahrscheinlich entscheidende Frage, die von den vier Projekten nicht behandelt wird: Die mediale Konstruktion von Verantwortung. Zudem scheint unser Vorgehen in einem höheren Maße hypothesentestend angelegt zu sein.

2.2 Eigene Vorarbeiten

Die Arbeitsgruppe, die das Projekt durchführen will, besteht aus dem Antragsteller (1), Herrn Dr. Jochen Roose, Assistent am Lehrstuhl (2) und einer über das Projekt zu finanzierenden wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle.

1. Für das hier beantragte Projekt sind zwei Forschungsbereiche des Antragstellers von Relevanz:

a. Der Antragsteller hat mehrere Arbeiten zur Frage der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit vorgelegt (1993a; 1993c; 2000; 2002). Deren Ziel bestand zum einen darin, verschiedene Modellvorstellungen einer europäischen Öffentlichkeit theoretisch zu unterscheiden und die normativen Grundlagen dieser Modellvorstellungen zu rekonstruieren. Weiterhin wurde versucht, die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit im Zeitverlauf empirisch zu beschreiben. Die Analysen zeigen, dass es im Zeitverlauf eine Europäisierung der Volkswirtschaft und der Politik gibt, die massenmediale Öffentlichkeit aber weitgehend nationalstaatlich verhaftet bleibt; über andere Staaten und über Europa wird in der medialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik im Zeitverlauf nicht zunehmend mehr berichtet, europäische Institutionen spielen als mediale Sprecher kaum eine Rolle.

b. Der Antragsteller verfügt über einschlägige Erfahrungen in der Durchführung von Analysen von öffentlichen Debatten mit dem Instrumentarium der Inhaltsanalyse (z.B. Gerhards 1993b; Gerhards und Rössel 1999a). Dabei standen Analysen von Deutungsmustern im Zentrum der Analysen (z. B. Gerhards 1993b; Gerhards und Rucht 1992), wobei Verantwortungsattribution ein Aspekt dieser Deutungsmuster ist (Gerhards 1992). Der Antragsteller verfügt weiterhin über Erfahrungen in der komparativen Forschung, vor allem auch in der Inhaltsanalyse von medialen Debatten im Ländervergleich. In einem von der National Science Foundation und der Thyssen-Stiftung finanzierten Projekt wurden die öffentlichen Debatten über die Abtreibungsregelung in Deutschland und USA analysiert (vgl. Ferree et al. 2002; Gerhards 1997). Methodisch aufwendig wurde in diesem Projekt versucht, die Deutungsmuster der Debatte mit Hilfe einer systematischen Inhaltsanalyse zu rekonstruieren (zu den Methoden vgl. Gerhards und Lindgens 1995; Gerhards 2003). Weiterhin führt der Antragsteller derzeit ein Projekt zum Thema „Mediale Diskurs über Humangenomforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA im Vergleich“ durch (gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung). Auch in diesem Projekt wird mit einer

ländervergleichenden, systematischen Inhaltsanalyse zur Erfassung von Deutungsmustern gearbeitet.

2. Die Forschungserfahrungen von Dr. Jochen Roose sind unter methodischen und inhaltlichen Gesichtspunkten für das beantragte Projekt relevant. Methodisch hat Dr. Roose einerseits Erfahrungen in der international vergleichenden systematischen Inhaltsanalyse gesammelt. Von 1998-2001 war er Mitarbeiter im EU-vergleichenden Forschungsprojekt "Transformation of Environmental Activism" und hat in diesem Zusammenhang an der Protestereignisanalyse (auf der Basis von Zeitungsartikeln) im deutschen Teilprojekt gearbeitet (vgl. zu dem Projekt u.a. Rucht und Roose 2001; Rucht und Roose 2003; Rootes 1999). In einer früheren Arbeit hat Roose eine Framing-Analyse des öffentlichen Diskurses zur Wirkung und Eindämmung von Gewalt in Medien durchgeführt (Roose 1997), in der die Frage der Verantwortungsattribution mit im Zentrum stand. Inhaltlich ist die Arbeit zur Europäisierung von nationalen Umweltorganisationen in Deutschland und Großbritannien einschlägig (Roose 2003a; Roose 2003b).

3. Ziele und Arbeitsprogramm

3.1 Ziele des Projekts

Die Staaten der EU haben bekanntermaßen einen Teil der nationalen Souveränitätskompetenzen auf die EU übertragen, die Nationalstaaten und die Bürger sind den Beschlüssen der EU unmittelbar unterworfen, Europarecht bricht nationales Recht; die Kommission überwacht die Implementierung der Beschlüsse und der Europäische Gerichtshof kann die Mitgliedsstaaten bei Nichtbefolgung sanktionieren (Art. 266ff, EG-Vertrag, vgl. auch z.B. Nugent 1999: 262ff). Das Ausmaß der Delegation von Souveränitätsrechten von den Mitgliedstaaten auf die EU hat sich im Zeitverlauf kontinuierlich erhöht; dies zeigen verschiedene empirische Messungen (Schmitter 1996: 25; Wessels 1997: 267; Beisheim et al. 1999: 327ff; Gerhards und Rössel 1999b; Zürn 1998). Die Entstehung eines europäischen Souveräns wird nicht oder nicht ausreichend begleitet durch die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Obwohl allgemein verbindliche Entscheidungen immer häufiger nicht von den Nationalstaaten, sondern von der EU gefällt werden, bleibt die Berichterstattung der Öffentlichkeit meist nationalstaatlich verhaftet

(Gerhards 1993c; Gerhards 2000; Peter und de Vreese 2003; zu den kulturellen Ursachen auch Jarren 1999: 234), auch wenn sich dies jüngst etwas verändert hat (Offerhaus 2002). Damit ergibt sich aber eine Inkongruenz zwischen einer Europäisierung der politischen Entscheidungen einerseits und einer medialen Darstellung und Vermittlung europäischer Politik andererseits.

Von dem *quantitativen* Ausmaß der Berichterstattung über europäische Themen und Institutionen kann man die *Qualität* der Berichterstattung bzw. das „*Wie*“ der Berichterstattung unterscheiden. Das Konzept des „Framing“ verweist auf die soziale Definition inhaltlicher Dimensionen und dient der Analyse von qualitativen Darstellungsaspekten. Ein Teilaspekt des Framings, also der Art der Berichterstattung, bezieht sich auf die *Attribution von Verantwortung*. Die Verantwortung für gesellschaftliche Problemlagen und den politischen Erfolg oder Misserfolg bei ihrer Bearbeitung ist nicht naturgegeben, sondern wird u.a. in der massenmedialen Öffentlichkeit definiert und politischen Akteuren attribuiert. Wir wollen mit Hilfe einer systematischen Inhaltsanalyse von Tageszeitungen ländervergleichend (Deutschland, Großbritannien) und zeitvergleichend (1993-2002) untersuchen, wie die Rolle der EU-Institutionen, vornehmlich der Europäischen Kommission, bei politischen Entscheidungen in den Massenmedien interpretiert und wem die Verantwortung für Entscheidungen attribuiert wird. Unsere Analyse zielt auf Attributionsmuster, die wir aufgrund von systematischen Unterschieden beim Zugang zu den nationalen Öffentlichkeiten vermuten. Dabei gehen wir von einer Reihe von Hypothesen aus, die wir im Folgenden darstellen und erläutern wollen.

3.2 Hypothesen

3.2.1 Strukturbedingungen der Attribution von Verantwortung an nationale Regierungen und die EU

Die nationalen Regierungen sind über Wahlen an die Zustimmung ihrer nationalen Bevölkerungen gebunden. Sie haben daher ein Interesse, in der nationalen Öffentlichkeit die Verantwortung für Erfolge selbst und Verantwortung für Misserfolge fremd zu attribuieren. Bei Entscheidungen mit Bezug zur EU kann Fremdattribuierung eine Zuschreibung auf EU-Institutionen, insbesondere die EU-Kommission, bedeuten. Die EU-Kommission dagegen kann ihre Position und ihre Abhängigkeit von Entscheidungen der nationalen Regierungen nur sehr eingeschränkt darstellen, da es keine europäische Öffentlichkeit gibt, sondern die national versäulten Öffentlichkeiten

aus strukturellen Gründen von den nationalen Akteuren dominiert werden (Gerhards 1993a; Gerhards 2000; Neidhardt et al. 2000; Sievert 1998). Die EU-Kommission ist damit in der Attribuierungsfrage strukturell im Nachteil.

Unsere Ausgangshypothese ist also (H1): *In der öffentlichen Darstellung von Entscheidungen mit EU-Bezug wird die Verantwortung für Misserfolge überwiegend der EU-Kommission zugeschrieben.*

Auf die Dauer führt diese strukturell angelegte Konstellation, die über mehrere Politikbereiche wirkt, zu einer Delegitimierung der Kommission. Dies macht die Brisanz der Frage aus.

3.2.2 Mögliche konkurrierende Deutungen

Die Verantwortungsattribution erfolgt nicht nur durch die nationalen Regierungen; es sind auch Gegenmeinungen denkbar und wahrscheinlich. Grundsätzlich kommen eine Vielzahl von Akteuren in Frage, die eine konkurrierende Deutung entwerfen könnten. Wir wollen uns auf zwei Akteure konzentrieren, die unmittelbar in den Prozess involviert sind bzw. ihm am nächsten stehen: die Journalisten und die Kommission.

Die Journalisten arbeiten bei der EU-Berichterstattung für nationale Öffentlichkeiten und berichten in der Regel aus einer nationalen Perspektive (Gerhards 1993c). Sie richten ihr Hauptinteresse auf die nationalen Akteure auf der europäischen Bühne. Hinzu kommt, dass insbesondere bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationale Gesetzgebung der Bezug zu vorhergehenden Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht unbedingt offensichtlich ist. Um einen solchen Zusammenhang zu erkennen, ist spezielles Hintergrundwissen erforderlich, was aber häufig fehlt. Dennoch besteht durchaus die Möglichkeit für die Journalisten, die angebotenen Deutungen zu hinterfragen und Gegenmeinungen darzustellen. Dies würde eine Informationsbasis jenseits der dominant beobachteten nationalen politischen Akteure erfordern. Insbesondere bei Berichten von Korrespondenten aus Brüssel, die sich auf EU-Politik spezialisiert haben, wäre eine solche Informationsbasis denkbar.

Als zweiter Akteur kommt die EU-Kommission selbst in Frage. Sie hat zwar ein Interesse daran, auch in den Mitgliedsländern Vertrauen zu gewinnen und sich Erfolge zuzuschreiben. Die Tatsache, dass die Kommissare nicht gewählt sind, macht sie aber strukturell öffentlichkeitsabstinent (Gerhards 1993c). Der Grad der Personalisierung der

Institutionen der EU in den Medien ist entsprechend sehr gering (Peter und Vreese 2003).

Aufgrund dieser Ausgangsposition gehen wir zunächst davon aus (H2), dass *bei EU-bezogener Berichterstattung die Zuschreibungen der Regierungsakteure dominieren gegenüber möglichen konkurrierenden Verantwortungszuschreibungen von EU-Kommission und Journalisten*. In Bezug auf die weiteren Hypothesen werden aber insbesondere diese beiden Akteure, Journalisten und EU-Kommission, von Bedeutung sein.

3.2.3 Der Zeitvergleich

Die Delegitimierung ist nach unserer Vorstellung ein langfristiger Prozess (vgl. 3.2.1). Daher ist die langfristige Veränderung der dominanten Attribution von besonderem Interesse. Für eine Veränderung der Zuschreibungsmuster sprechen vor allem Veränderungen bei den Akteuren, die für Gegeninterpretationen der Verantwortung in Frage kommen. Die EU-Kommission hat in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen verstärkt, sich in den Mitgliedsländern darzustellen. Sie versucht, auf die Wahrnehmung ihrer Arbeit Einfluss zu nehmen und ihre Positionen und Erfolge selbst in den nationalen Öffentlichkeiten darzustellen, wenn auch bisher nur mit eingeschränktem Erfolg (Gramberger 1997; Meyer 1999; Tak 1999).

Weiterhin vermuten wir Veränderungen bei den Journalisten. Die politische Bedeutung der EU hat in den letzten Jahren durch die Verträge von Maastricht (1992, in Kraft getreten am 1.11.1993) und Amsterdam (1997, in Kraft getreten am 1.5.1999) erheblich zugenommen. Mit zunehmender Erfahrung in der Politikberichterstattung auf EU-Ebene sind Lerneffekte zu vermuten, die ein kritisches Hinterfragen von offiziellen Darstellungen möglich machen (Meyer 2001; Trenz 2000). Dies dürfte insbesondere dann der Fall sein, wenn Journalisten für die Berichterstattung zuständig sind, die auf EU-Themen spezialisiert sind. Meyer (2000) kann zeigen, dass die Anzahl der in Brüssel akkreditierten Journalisten nach Maastricht deutlich gestiegen ist.

Wir vermuten entsprechend, dass es in der Nachfolge des Maastrichter Vertrages eine Zunahme von Versuchen der konkurrierenden Zuschreibung von Verantwortung gegeben hat und nehmen daher an (H3): *Zwischen 1993 und 2002 haben konkurrierende Verantwortungszuschreibungen, also bei Erfolgen auch auf die EU und bei Misserfolgen auch auf die nationale Regierung, durch Journalisten (insbesondere den Experten für EU-Politik) und durch die EU-Kommission zugenommen.*

3.2.4 Der Medienvergleich

In der publizistischen Forschung wurde wiederholt nachgewiesen, dass die politisch-ideologische Ausrichtung eines Mediums seine Nachrichtenauswahl und -darstellung beeinflusst (Kepplinger 1989; Hagen 1992; Voltmer 1997; Altmeyden und Löffelholz 1998; Junge 2002; für Großbritannien auch Esser 1998). Wir vermuten entsprechend, dass die regierungsnahen Zeitungen dazu tendieren, die Verantwortungsattribution der Regierung zu übernehmen; die oppositionsnahen Zeitungen dürften dagegen eher dazu neigen, Gegeninterpretationen der EU-Kommission aufzunehmen bzw. selbst die Verantwortungs Zuschreibungen der nationalen Regierung in Frage zu stellen.

Entsprechend lautet Hypothese vier (H4): *Zeitungen, die der Regierung nahe stehen, nehmen seltener konkurrierende Deutungen der EU-Kommission auf und stellen seltener die Verantwortungs Zuschreibung der nationalen Regierung in Frage, als Zeitungen, die der Opposition nahe stehen.*⁵

3.2.5 Der Ländervergleich

Öffentliche Debatten sind eingebettet in die politische Kultur eines Landes. Zur politischen Kultur eines Landes der EU gehören u.a. generalisierte Vorstellungen über den Nutzen der EU, Vorstellungen über die weitere Integration des eigenen Landes in die EU und die allgemeine Bewertung der Institutionen der EU. Wird der EU und ihren Institutionen bereits geringes Vertrauen entgegen gebracht, erscheint die Zuschreibung eines Misserfolges an die Kommission unmittelbar einleuchtend. Negative Attributionen können in solchen Fällen mit hoher Resonanz rechnen.⁶ Werden die EU und ihre Institutionen dagegen grundsätzlich positiv angesehen, so können die negativen Zuschreibungen nicht unbedingt mit Resonanz rechnen, sie erscheinen unplausibler und Gegenframes dürften bessere Erfolgchancen haben. Für unsere Studie wählen wir mit Großbritannien ein Vergleichsland, in dem im Vergleich zu Deutschland die Zustimmung zur EU und das Vertrauen in ihre Institutionen seit vielen Jahren weit unter dem EU-Durchschnitt liegt (Europäische Kommission 2001b, sowie ältere Jahrgänge).

⁵ Alternativ wäre denkbar, dass die zeitungseigene Position zu europäischen Themen stärker ausgeprägt ist, als die Nähe zur jeweiligen Regierung. Wir gehen zwar von einer solchen Dominanz der Positionen zur EU-Politik nicht aus, können sie aber in unserer Untersuchung kontrollieren, denn in beiden untersuchten Ländern kam es im Untersuchungszeitraum zu einem Regierungswechsel: Großbritannien 1997, Deutschland 1998.

Hypothese 5 (H5): *In Großbritannien, einem Land mit vergleichsweise niedrigem Vertrauen in die EU, ist die Attribution von Misserfolgen an die EU-Kommission häufiger und konkurrierende Interpretationen der Verantwortung sind seltener als in Deutschland, einem Land mit vergleichsweise hohem Vertrauen in die EU.*

3.2.6 Zusammenfassung der Hypothesen

Der angenommene Grundzusammenhang der Attribuierung von Verantwortung an die EU-Kommission bei Misserfolgen (H1), der in der Öffentlichkeit gegenüber anderen Deutungen dominiert (H2), wird differenziert nach den drei Dimensionen: Entwicklung der Gegeninterpretationen (H3), der politischen Ausrichtung der Zeitungen (H4) und nach Ländern mit unterschiedlich hohem Vertrauen in die EU (H5).

H1: In der öffentlichen Darstellung von Entscheidungen mit EU-Bezug wird die Verantwortung für Misserfolge überwiegend der EU-Kommission zugeschrieben.

H2: Die Zuschreibungen der Regierungsakteure dominieren gegenüber möglichen konkurrierenden Interpretationen von EU-Kommission und Journalisten.

H3: Zwischen 1993 und 2002 haben konkurrierende Verantwortungszuschreibungen, also bei Erfolgen auch auf die EU und bei Misserfolgen auch auf die nationale Regierung, durch Journalisten (insbesondere den Experten für EU-Politik) und EU-Kommission zugenommen.

H4: Zeitungen, die der Regierung nahe stehen, nehmen seltener konkurrierende Deutungen der EU-Kommission auf und stellen seltener die Verantwortungszuschreibung der nationalen Regierung in Frage, als Zeitungen, die der Opposition nahe stehen.

H5: In Großbritannien, einem Land mit vergleichsweise niedrigem Vertrauen in die EU, ist die Attribution von Misserfolgen an die EU-Kommission häufiger und konkurrierende Interpretationen der Verantwortung sind seltener als in Deutschland, einem Land mit vergleichsweise hohem Vertrauen in die EU.

⁶ Zur Bedeutung der Resonanz bei Deutungsrahmen vgl. Snow/Benford (1988), Gamson (1992: 135ff) und 2.1.2.

3.3 Arbeitsprogramm

3.3.1 Auswahl der Zeitungen

Die öffentliche Verantwortungsattribution bei politischen Themen untersuchen wir durch eine Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln. Grundlage bilden jeweils zwei nationale Qualitätszeitungen in Deutschland und Großbritannien. Wir wählen nationale Qualitätszeitungen, da sie nach übereinstimmenden Forschungsergebnissen für die Interpretation nationaler und internationaler Politik eine Leitfunktion haben (vgl. zusammenfassend Wilke 1999). Um ermitteln zu können, ob die redaktionelle Linie einer Zeitung Einfluss auf die Verantwortungsattribution bei Themen mit EU-Bezug hat, wählen wir für Deutschland die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die liberale *Süddeutsche Zeitung*. Für Großbritannien wählen wir die konservative *The Times* und den links-liberalen *Guardian* (zur politischen Ausrichtung dieser Zeitungen vgl. Gellner 1998). Alle vier Zeitungen sind ab 1993 (*Süddeutsche Zeitung* ab 1994) auf CD-ROM verfügbar, was einen methodisch geeigneten und preisgünstigen Datenzugang ermöglicht (vgl. unten).

3.3.2 Auswahl der zu analysierenden Artikel

Die zu analysierenden Artikel aus den genannten Zeitungen sollen auf zwei Weisen ausgewählt werden, um unterschiedliche Aspekte der Berichterstattung über Themen mit Bezug zur EU abzudecken: Berichterstattung über die EU Kommission (Auswahl nach Stichworten) und Berichterstattung über die nationale Umsetzung von EU-Richtlinien.

a. Berichterstattung über die Kommission

Die Kommission ist die am deutlichsten supranational verfasste Institution der EU, die über erheblichen Einfluss verfügt. Außerdem ist die Kommission die „Hüterin der Verträge“ (EG-Vertrag, Art. 211) und als solche tritt sie im Fall von Vertragsverletzungen durch Nationalstaaten als Gegner der nationalen Regierung in Erscheinung. Um die Routineberichterstattung über die Kommission zu erheben, ermitteln wir alle Artikel, in denen die EU-Kommission bzw. EU-Kommissare in den elektronisch erfassten Zeitungen (auf CD-ROM oder im Internet) genannt werden.

Bei einer Beschränkung auf die Berichterstattung im politischen Teil und im Wirtschaftsteil der Zeitungen kommen wir nach ersten Vorrecherche auf etwa 35.000 Arti-

kel. Aus diesen Artikeln werden wir eine nach Jahren geschichtete Zufallsstichprobe ziehen. Die Anzahl an Artikeln darf nicht zu gering sein, damit wir Veränderungen in der Zeit hinreichend messen können (vgl. 3.2.5). Um diese Entwicklungen nachzeichnen zu können, müssen auch in den jeweiligen Unterkategorien ausreichend viele Fälle repräsentiert sein.

b. Berichterstattung über EU-Richtlinien

In einem zweiten Zugang, der quer zu der eben erläuterten Stichwort-basierten Auswahl liegt, wollen wir entlang politischer Themen mit EU-Bezug die Berichterstattung verfolgen. Warum ist dies notwendig? Eine Analyse allein auf der Basis von Artikeln, in denen die Kommission erwähnt wird, verpasst die Artikel, in denen der Anlass der Berichterstattung zwar EU-induziert ist, dies aber im Artikel deswegen nicht kenntlich wird, weil die nationalen Akteure sich das Thema und (in der Regel den Erfolg) selbst angeeignet haben. Insofern wollen wir in einer zweiten Auswahl auch die Artikel berücksichtigen, in denen aufgrund der faktischen Beteiligung der EU-Kommission dieser Verantwortung zugeschrieben werden *könnte*, ohne dass es dazu kommt. Gemäß unserer Hypothese (insbesondere H1) würden wir in den so ermittelten Fällen vermuten, dass die nationalen Regierungen sich selbst Erfolge zuschreiben und die Beteiligung der EU-Institutionen beim Zustandekommen dieser Erfolge unterwähnt bleibt.⁷

Die Auswahl erfolgt entlang von ausgewählten Beschlüssen von EU-Richtlinien und ihrer Umsetzung in nationales Recht.⁸ Wir wollen für diesen Zugang Richtlinien der EU auswählen, die ausreichend allgemeine politische Relevanz haben, um in der Zeitungsberichterstattung ihren Niederschlag zu finden. Zur Bestimmung solcher Richtlinien haben wir Interviews mit Experten für unterschiedliche Politikbereiche der EU vorgesehen. Die Berichterstattung über die nationale Gesetzgebung, durch welche die ausge-

⁷ Fälle, in denen die EU eine Rolle spielen *könnte*, tatsächlich aber in der Berichterstattung nicht erwähnt wird, können wir durch die Stichwortsuche nicht erfassen. Das Stichwort EU taucht in diesen Fällen gerade nicht auf.

⁸ Richtlinien werden bei der EU von der Kommission vorgeschlagen und – je nach Politikbereich in unterschiedlichen Verfahren – von Ministerrat und Europaparlament beschlossen. Die Richtlinien legen allerdings nur Ziele fest. Sie müssen von den nationalen Regierungen in nationales Recht umgesetzt werden und diese Umsetzung ist wiederum an die EU-Kommission zu melden. Zu den Verfahren vgl. etwa Nugent (1999: 358ff.).

wählten Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden, soll in Hinblick auf die Attributionsfrage untersucht werden.⁹

Nach diesem Verfahren wollen wir in beiden Ländern die Berichterstattung zur Umsetzung von etwa 30 Richtlinien (drei pro Untersuchungsjahr) untersuchen. Gegebenenfalls wird auch hier noch eine weitere Reduktion der Zahl von analysierten Artikeln durch eine Stichprobe erforderlich sein.

Insgesamt wollen wir durch die zwei Zugänge eine Zahl von ca. 5.000 aussagekräftigen Artikeln auswählen und kodieren. Dies entspricht 125 Artikeln pro Jahr in jeder Zeitung. Diese Zahl ist nötig, um die verschiedenen Untersuchungsdimensionen mit unseren Daten untersuchen zu können.

3.3.3 Systematische Inhaltsanalyse

Die entsprechend der oben beschriebenen Zugänge erhobenen Zeitungsartikel werden einer systematischen Inhaltsanalyse unterzogen. Die Kodierung erfolgt auf drei Ebenen: Zum einen dient der Artikel selbst als Codiereinheit, zum anderen die verschiedenen Aussagen von Sprechern innerhalb eines Artikels, zum dritten die innerhalb einer Aussage geäußerten Attributionen von Verantwortlichkeit.

a) Auf der Ebene des Artikels werden einige mehrfach erprobte Variablen aus Inhaltsanalysen von Presseerzeugnissen erhoben. Dazu gehören beispielsweise die Variablen „Stilform“, „Anlass der Berichterstattung“ und „Thema“. Mit der Variable „Stilform“ erheben wir das Spektrum an Artikelgenres, das von einer kurzen Meldung über einen Bericht bis hin zu einem Leitartikel reicht. Mit der Variable „Anlass der Berichterstattung“ wird der formale Anlass ermittelt, der den Journalisten zum Verfassen eines Artikels motiviert hat. Die Variable „Thema“ schließlich erfasst das zentrale Thema des Artikels. Auf diese Weise lässt sich ermitteln, in welchen Zusammenhängen die Berichterstattung zur EU bzw. zu Gesetzgebung mit EU-Bezug steht.

b) Zentraler aber ist die Kodierung auf der Ebene von Aussagen. Seit ca. 15 Jahren hat es sich in der systematischen Inhaltsanalyse von massenmedialen Texten durchgesetzt,

⁹ Die Identifikation der entsprechenden nationalen Gesetze, die zur Umsetzung von EU-Richtlinien erlassen werden, ist möglich durch entsprechende Zusammenstellungen in den „Jahresberichten über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts“ (Europäische Kommission 2001a und weitere Jahrgänge) sowie die Verwendung der CELEX-Datenbank, auf die wir beim Europäischen Dokumentationszentrum Leipzig Zugriff haben.

die Artikelcodierung um eine Codierung auf der Ebene von Aussagen zu ergänzen (vgl. z.B. Kepplinger 1988; Früh 1989; Weiß 1989; Voltmer 1994; Koopmans und Statham 1999; zusammenfassend Gerhards 2003). Die Begründung für diese Erweiterung ist einfach und plausibel: Innerhalb eines Zeitungsartikels kommen über indirekte oder direkte Zitate in der Regel mehrere (extramediale) Akteure zu Wort, die mit ihren Aussagen Einfluss auf die öffentliche Diskussion nehmen. Eine Codierung ausschließlich auf der Artikelebene wird der Tatsache, dass sich innerhalb eines Artikels verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Aussagen verbergen, nicht gerecht. Codiereinheiten auf der Analyse-Ebene Aussage sollen daher einzelne im Artikeltext als codierrelevant identifizierbare verbale Äußerungen von Akteuren sein, die im Artikel zu Wort kommen. Das Definitionskriterium für eine Aussage wird dabei formal definiert, als ein Akteur, der entweder wörtlich (d.h. in Anführungszeichen) oder in der indirekten Rede (d.h. im Konjunktiv) zu Wort kommt. Zusätzlich wird der Journalist als Aussageträger codiert, wenn er nicht als Vermittler („Chronist“) von Aussagen extramedialer Akteure, sondern als eigenständiger Sprecher auftritt.

c) Mit einer Aussage können Sprecher eine oder mehrere Deutungen eines Themas und in diesem Zusammenhang auch Verantwortungszuschreibungen formulieren. Im dritten Schritt codieren wir für jeden Akteur, der im Artikel direkt oder indirekt zu Wort kommt, die Attribution von Verantwortung an andere Akteure, beispielsweise die nationale Regierung, die EU-Kommission, die EU allgemein oder Wirtschaftsunternehmen. Zusätzlich wird festgehalten, ob diese Attribution positiv oder negativ konnotiert ist, ob also aus Sicht des Sprechers ein Erfolg oder ein Misserfolg attribuiert wird.

Die Inhaltsanalyse besteht also aus einer Codierung auf drei Ebenen: der Artikel als Codiereinheit, Aussagen von Sprechern innerhalb eines Artikels als Codiereinheit und Attributionen innerhalb einer Aussage eines Sprechers als Codiereinheit. Wenn wir auf Basis unserer obigen Überlegungen von 5.000 Artikeln ausgehen, die in die Untersuchung eingehen, dann werden sich in diesen Artikeln etwa 20.000 Aussagen von Sprechern mit ca. 24.000 unterschiedlichen Attributionen verbergen.¹⁰

Der aus der Inhaltsanalyse gewonnene Datensatz dient in der Folge einer statistischen Auswertung, deren Ziel es ist, die Attributionsmuster zu untersuchen. Die Analyse der

¹⁰ Diese Kalkulation des Umfangs der Inhaltsanalyse basiert auf Vorrecherchen sowie Erfahrungen des Antragstellers mit einem komparativen Projekt zur Rekonstruktion der öffentlichen Debatten über

Attributionen von Erfolgen und Misserfolgen erlaubt im Zusammenhang mit den jeweiligen Sprechern eine Überprüfung der oben formulierten Hypothesen.

3.3.4 Leitfadeninterviews

Zusätzlich zu der Inhaltsanalyse wollen wir Leitfadeninterviews mit den Journalisten der untersuchten Zeitungen, ihren Korrespondenten in Brüssel und Vertretern der EU-Kommission im Bereich Öffentlichkeitsarbeit durchführen. Diese Interviews sollen nach einer ersten Auswertung der Inhaltsanalyse erfolgen. Mit den Interviews wollen wir Hintergrundinformationen über die Strategien der Medien in der Darstellung europäischer Themen eruieren, die Einschätzung der Journalisten der Professionalität der Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen kollektiven Akteure rekonstruieren und auch unsere Befunde durch die Experten validieren lassen. Die Leitfadeninterviews erbringen für die Interpretation der inhaltsanalytisch gewonnenen Daten wichtiges Hintergrundmaterial und können mögliche Fehlinterpretationen verhindern. In dieser Funktion haben sie sich auch in anderen Studien bewährt (Ferree et al. 2002).

3.3.5 Arbeitsschritte

Das Projekt umfasst im wesentlichen fünf Schritte, die sich zum Teil überschneiden können: die Erhebung der zu analysierenden Zeitungsartikel, die Erarbeitung eines detaillierten Codebuchs, die Codierung selbst, das Führen von Leitfadeninterviews und schließlich die statistische Auswertung zur Prüfung unserer Hypothesen.

3.3.5.1 Erhebung der zu analysierenden Zeitungsartikel

Die Auswahl und Beschaffung der zu analysierenden Zeitungsartikel ist, je nach Art des Zugangs, unterschiedlich aufwendig. Die Stichwortrecherche (Routineberichterstattung über die Kommission) ist aufgrund der Verfügbarkeit von CD-ROMs bzw. der Zugänglichkeit über das Internet vergleichsweise einfach.

Aufwendiger dagegen ist die Auswahl der Artikel, in denen über EU-Richtlinien und deren Umsetzung berichtet wird. Hierzu muss die Literatur zu Politikbereichen der EU durchgesehen und Experten befragt werden, um Themen zu identifizieren, die unseren

Kriterien gerecht werden (vgl. 3.3.2). Nach der Identifikation von EU-Richtlinien muss im EU-Dokumentationszentrum Leipzig die entsprechende deutsche und britische Gesetzgebung festgestellt und deren Diskussion im Bundestag bzw. House of Commons recherchiert werden. Dies ist der Vorlauf für die Bestimmung von Zeitfenstern, in denen wir eine Berichterstattung zur entsprechenden Gesetzgebung erwarten. Für die Auswahl der Artikel selbst ist eine Durchsicht der entsprechenden Zeitungen erforderlich.

3.3.5.2 Entwicklung des Codebuchs und Schulung

Aufgrund der theoretischen Steuerung des Projekts sind die zentralen Variablen für die Inhaltsanalyse bereits vorgegeben. Das Codebuch muss im Detail die Anweisungen zur Codierung angeben und sorgfältig am deutschsprachigen und englischsprachigen Material getestet werden. Dabei bedeutet der Ländervergleich einen zusätzlichen Aufwand. Dazu gibt es erste Vorarbeiten.

Anhand des überarbeiteten Codebuchs sollen dann die studentischen Codierer geschult werden. Eine intensive Schulung ist zentral für das Gelingen des Projekts. Nach Erfahrungen aus anderen Projekten gehen wir von einem Schulungszeitraum von 2 Wochen á 40 Stunden also 80 Stunden aus (dies entspricht bei Verträgen von 10 Stunden/pro Woche ca. zwei Monaten). Die Codierer müssen zweisprachig sein, bzw. länger in Großbritannien oder USA studiert haben. Erfahrungen in dem gerade laufenden Projekt über „Mediale Diskurse über Humangenomforschung“ zeigen aber, dass man diese Codierer findet.

3.3.5.3 Codierung

Die eigentliche Codierung der Artikel wird den Hauptaufwand des Projekts ausmachen. Unsere Kalkulationen gehen von einer Codierdauer von durchschnittlich 30 Minuten pro Artikel aus, wobei man bedenken muss, dass sich in einem Artikel mehrere Aussagen befinden und die Codierung von Attributionen recht kompliziert ist. Insgesamt ergeben sich so ca. 2.500 Arbeitsstunden. Die Codierung soll überwiegend von den studentischen Hilfskräften geleistet werden.

3.3.5.4 Leitfadeninterviews

Sobald ein größerer Teil der Ergebnisse aus der systematischen Inhaltsanalyse vorliegt, werden die Interviews mit Journalisten und Öffentlichkeitsarbeitern durchgeführt. Dazu sind Interviewreisen zu den Redaktionen der untersuchten Zeitungen in München (Süddeutsche Zeitung), Frankfurt/M. (Frankfurter Allgemeine Zeitung) und London (Times, Guardian) vorgesehen. Zusätzlich sollen die Brüsseler Korrespondenten der Zeitungen und Mitarbeiter der EU-Kommission aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit befragt werden.

3.3.5.5 Auswertung

Entsprechend der oben formulierten Hypothesen werden die erhobenen Variablen statistisch ausgewertet. Dies soll sowohl, wie oben erläutert, für das Material insgesamt geschehen, wie auch gegebenenfalls differenziert nach Untergruppen der Artikel, etwa Art der Artikelauswahl, Politikfelder, das Zeitfenster der deutschen Präsidentschaft etc. Zusätzlich fließen die Ergebnisse der Leitfadeninterviews in die Interpretation ein.

3.3.6 Zeitplan

Zeitraumen	Arbeitsprogramm/-vorhaben
Phase 1: 6 Monate	<ol style="list-style-type: none"> 1. Umfassende Literaturrecherche zu den Politikfeldern die ausgewählt werden sollen (kontroverse Richtlinien). 2. Experteninterviews mit Blick auf kontroverse Richtlinien. 3. Recherche der auf EU-Richtlinien bezogenen Gesetzgebung und Identifikation der entsprechenden Berichterstattung
Phase 2: 6 Monate	<ol style="list-style-type: none"> 1. Identifikation der Zeitungsartikel 2. Entwicklung des Codebuchs 3. Pretests und Revision des Codebuchs 4. Schulung der Coder
Phase 3: 12 Monate	<ol style="list-style-type: none"> 1. Codierung der deutschen und englischen Artikel 2. Datenbereinigung und Beginn der Datenauswertung

Phase 4:	1. Analyse der Daten 2. Durchführung der Leitfadeninterviews in München, Frankfurt/M., London und Brüssel.
Phase 5: 6 Monate	1. Datenauswertung und Dateninterpretation 2. Verfassen des Projektabschlussberichts

8. Literatur

- Altmeppen, Klaus-Dieter und Martin Löffelholz*, 1998: Zwischen Verlautbarungsorgan und "vierter Gewalt". S. 97-123 in: *Ulrich Sarcinelli* (Hg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Beisheim, Marianne et al.*, 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Brosius, Hans-Bernd und Peter Eps*, 1993: Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Ausländer und Asylanten, Rundfunk und Fernsehen 41: 512-530.
- Brosius, Hans-Bernd und Peter Eps*, 1995: Framing auch bei Rezipienten? Der Einfluss der Berichterstattung über fremdenfeindliche Anschläge auf die Vorstellungen der Rezipienten, Medienpsychologie 7: 169-183.
- de Vreese, Clais H.*, 2001: Europe in the News: A cross-national comparative study of the news coverage of key EU events, *European Union Politics* 2: 283-307.
- de Vreese, Clais H., H. A. Semetko und Jochen Peter*, 2001: Framing politics at the launch of the euro: A cross-national comparative study of frames in the news, *Political Communication* 18: 107-122.
- Donges, Patrick, Otfried Jarren und Heribert Schatz*, 1999: Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eder, Klaus, Kai-Uwe Hellmann und Hans-Jörg Trenz*, 1998: Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa, *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* 29: 321-344.
- Eder, Klaus und Cathleen Kantner*, 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. S. 306-331 in: *Maurizio Bach* (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eder, Klaus, Cathleen Kantner und Hans-Jörg Trenz*, 2000: Transnationale Öffentlichkeit und die Strukturierung politischer Kommunikation in Europa. Antrag an die DFG. Berlin: Humboldt-Universität.
- Eder, Klaus und Hans-Jörg Trenz*, 2001: The Making of a European Public Space: An Inquiry into Relating Surpanational Politics and Trannational Spaces of Communication. S. 145 - 165 in: *Beate Kohler-Koch* (Hg.): Linking EU and National Governance. Oxford: Oxford University Press.
- Esser, Frank*, 1998: Editorial Structures and Work Principles in British and German Newsrooms, *European Journal of Communication* 13: 375-406.
- Europäische Kommission*, 2001a: Achtzehnter Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000). Brüssel: Europäische Kommission, KOM (2001) 309 endgültig, 16.7.2001.
- Europäische Kommission*, 2001b: Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht Nr. 55. Brüssel: Europäische Kommission.
- Ferree, Myra Marx et al.*, 2002: Shaping Abortion Discourse: Democracy and The Public Sphere in Germany and the United States. New York: Cambridge University Press.
- Ficham, Frank und Miles Hewstone*, 2002: Attributionstheorie und -forschung - Von den Grundlagen zur Anwendung. S. 215-264 in: *Wolfgang Stroebe et al.* (Hg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung. Berlin u.a.: Springer.
- Försterling, Friedrich*, 2000: Wahlen aus der Perspektive der Attributionstheorie: Forschungsergebnisse, Versuchspläne und Analyseperspektiven. S. 91-104 in: *Hans Bohrmann et al.* (Hg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Försterling, Friedrich und Annette Groeneveld*, 1983: Ursachenzuschreibungen für ein Wahlergebnis: Eine Überprüfung von Hypothesen der Attributionstheorie in einer Feldstudie anhand der niedersächsischen Kommunalwahl 1981, *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 14: 262-269.
- Försterling, Friedrich und Stiensmeier-Pelster* (Hg.), 1994: Attributionstheorie: Grundlagen und Anwendungen. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe.
- Früh, Werner*, 1989: Semantische Struktur- und Inhaltsanalyse (SSI). Eine Methode zur Analyse von Textinhalten und Textstrukturen und ihre Anwendung in der Rezeptionsforschung. S. 490-507 in: *Max Kaase und Winfried Schulz* (Hg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Sonderheft 30 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gamson, William A.*, 1992: Talking Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gamson, William A. und Andre Modigliani*, 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, *American Journal of Sociology* 95: 1-37.
- Gamson, William A. und David Stuart*, 1992: Media Discourse as a Symbolic Contest: The Bomb in Political Cartoons, *Sociological Forum* 7: 55-86.
- Gellner, Winand*, 1998: Medien im Wandel. S. 543-561 in: *Hans Kastendiek et al.* (Hg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gerhards, Jürgen*, 1992: Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse, *Journal für Sozialforschung* 32: 307-318.
- Gerhards, Jürgen*, 1993a: Europäische Öffentlichkeit durch Massenmedien? S. 558-567 in: *Bernhard Schäfers* (Hg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Gerhards, Jürgen*, 1993b: Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen*, 1993c: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, *Zeitschrift für Soziologie* 22: 96-110.
- Gerhards, Jürgen*, 1997: Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 1-39.
- Gerhards, Jürgen*, 2000: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. S. 277-305 in: *Maurizio Bach* (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen*, 2002: Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. S. *Hartmut Kaelble et al.* (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Campus.
- Gerhards, Jürgen*, 2003: Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik im Vergleich. S. im Erscheinen in: *Reiner Keller et al.* (Hg.): Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Band 2: Exemplarische Anwendungen. Opladen: Leske + Budrich.
- Gerhards, Jürgen und Monika Lindgens*, 1995: Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und in der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994. Discussion Paper FS III 95-105. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht*, 1998: Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen und Jörg Rössel*, 1999a: Interessen und Ideen im Konflikt um das Wahlrecht. Eine kultursoziologische Analyse der parlamentarischen Debatten über das Dreiklassenwahlrecht. Leipzig: Universität Leipzig.
- Gerhards, Jürgen und Jörg Rössel*, 1999b: Zur Transnationalisierung der Gesellschaft der Bundesrepublik. Entwicklungen, Ursachen und mögliche Folgen für die europäische Integration, *Zeitschrift für Soziologie* 28: 325-344.
- Gerhards, Jürgen und Dieter Rucht*, 1992: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, *American Journal of Sociology* 98: 555-595.
- Goffman, Erving*, 1977: Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gramberger, Marc R.*, 1997: Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952-1996. PR zur Legitimation von Integration. Baden-Baden: Nomos.
- Gramberger, Marc R. und Ingrid Lehmann*, 1995: UN und EU: Machtlos im Kreuzfeuer der Kritik, *Publizistik* 40: 186-204.

- Hagen, Lutz M., 1992: Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion, *Publizistik* 37: 444-460.
- Iyengar, Shanto, 1991: *Is Anyone Responsible? How Television Frames Political Issues*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Iyengar, Shanto, 1998: Wie Fernsehnachrichten die Wähler beeinflussen: Von der Themensetzung bis zur Herausbildung von Bewertungsmaßstäben. S. 123-142 in: *Jürgen Wilke* (Hg.): *Öffentliche Meinung. Theorien, Methoden, Befunde*. Freiburg, München: Alber.
- Jarren, Otfried und Werner A. Meier, 1999: Globalisierung der Medienlandschaft und ihre medienpolitische Bewältigung: Ende der Medienpolitik oder neue Gestaltungsformen auf regionaler und nationaler Ebene? S. 231-249 in: Patrick Donges, Otfried Jarren und Heribert Schatz (Hg.): *Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Junge, Matthias, 2002: Die Deutungsrahmen für den 11. September in den Kommentaren ausgewählter Tageszeitungen, *Peripherie* 22: 463-484.
- Kepplinger, Hans Mathias, 1988: Die Kernenergie in der Presse. Eine Analyse zum Einfluß subjektiver Faktoren auf die Konstruktion von Realität, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 40: 659-683.
- Kepplinger, Hans Mathias, 1989: Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte, *KZfSS, Sonderband* 30: 199-220.
- Kepplinger, Hans Mathias, 1998: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg, München: Alber.
- Kevin, Deirdre, 2001: Coverage of the European Parliament Elections of 1999: National public spheres and European debates, *The Public* 8: 5-20.
- Kleinstauber, Hans J., 1995: Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen: konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa. S. 41-50 in: *Lutz Erbring* (Hg.): *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz: Oelschlaeger.
- Koopmans, Ruud, 2001: *The Transformation of Political Communication and Mobilization in the European Public Spheres. Codebook for the Analysis of Political Communication and Mobilization in the European Public Spheres*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Koopmans, Ruud und Paul Statham, 1999: *Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches, Mobilization* 4.
- Koopmans, Ruud und Paul Statham, 2001: *The Transformation of Political Communication and Mobilization in the European Public Spheres. A Research Outline*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Leroy, Pascale und Karen Siune, 1994: The role of Television in European Elections: The cases of Belgium and Denmark, *European Journal of Communication* 9: 47-69.
- Maier, Jürgen, Michaela Maier und Frank Brettschneider, 2002: Währungswechsel: Medienberichterstattung und Bevölkerungseinstellungen zum EURO, Jahrestagung "Europäische Union und europäische Öffentlichkeit" der Fachgruppe "Kommunikation und Politik" der DGPK und des Arbeitskreises "Politik und Kommunikation" der DVPW am Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft. Nürnberg.
- McAdam, Doug, 1994: Taktiken von Protestbewegungen. Das "Framing" der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. S. 393-412 in: *Friedhelm Neidhardt* (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meckel, Miriam, 1994: *Fernsehen ohne Grenzen? Europas Fernsehen zwischen Integration und Segmentierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Christoph Olaf, 1999: Political Legitimacy and the Invisibility of Politics. Exploring the European Union's Communication Deficit, *Journal of Common Market Studies* 31: 617-639.
- Meyer, Christoph Olaf, 2000: Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit: Länderübergreifender investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission. S. 107-127 in: *Barbara Baerns und Juliana Raupp* (Hg.): *Transnational Communication in Europe. Practice and Research*. Berlin: Vistas.
- Meyer, Christoph Olaf, 2001: Europäische Öffentlichkeit als Watchdog. Transnationaler Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 14: 42-52.
- Meyer, Christoph Olaf, 2002: Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre: Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortung. Berlin: Vistas.
- Möller, Jens, 1993: Attributionen in den Massenmedien. Zum Einfluss nationaler Gruppenzugehörigkeit, Gruppengröße und Geschlecht auf spontane Ursachenzuschreibungen. Bonn: Holos-Verlag.
- Morgan, David, 1995: British Media and European Union News. The Brussels News Beat and its Problems, *European Journal of Communication* 10: 321-341.
- Neidhardt, Friedhelm, Ruud Koopmans und Barbara Pfetsch, 2000: Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit: Der Fall Europa. S. 263-293 in: *Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt*

- (Hg.): *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*. WZB-Jahrbuch 2000. Berlin: edition sigma.
- Norris, Pippa, 1999: *Conclusions: The Growth of Critical Citizens and its Consequences*. S. 157-272 in: Pippa Norris (Hg.): *Critical Citizens*. Oxford: Oxford University Press.
- Nugent, Neill, 1999: *The Government and Politics of the European Union*. Basingstoke, London: Macmillan.
- Offerhaus, Anke, 2002: *Die Wahrnehmung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten in der deutschen Tagesberichterstattung. Eine empirische Untersuchung zur Beschreibung der Ausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit*. Leipzig: Magisterarbeit am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig (unveröffentlicht).
- Peter, Jochen, 2003: *Formale und inhaltliche Charakteristiken der alltäglichen Fernsehberichterstattung über die Europäische Union - eine Inhaltsanalyse in fünf EU-Mitgliedsländern*. In: Lutz M. Hagen (Hg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit - Theoretische Perspektiven und Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Halem-Verlag, im Erscheinen.
- Peter, Jochen und Clais H. de Vreese, 2003: *In search of Europe: The European Union in national television news*. Amsterdam, unveröffentlichtes Manuskript.
- Peters, Bernhard, 1994: *Der Sinn von Öffentlichkeit*. S. 42-76 in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Peters, Bernhard, 1999: *Nationale und transnationale Öffentlichkeiten. Eine Problemskizze*. S. 661-674 in: Claudia Honegger et al. (Hg.): *Grenzenlose Gesellschaft? Band 2*. Opladen: Leske + Budrich.
- Peters, Bernhard, 2002: *Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU*. Projektantrag B3 innerhalb des SFB 1953 "Staatlichkeit im Wandel". Bremen: Universität Bremen.
- Roose, Jochen, 1997: *Chancen und Hindernisse für Protestmobilisierung am Beispiel der nicht-stattgefundenen Mobilisierung gegen Gewaltdarstellung in Medien*. Berlin: Diplomarbeit am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin (unveröffentlicht).
- Roose, Jochen, 2003a: *Die Europäisierung von Umweltorganisationen. Die Umweltbewegung auf dem langen Weg nach Brüssel*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen).
- Roose, Jochen, 2003b: *Umweltorganisationen zwischen Mitgliedschaftslogik und Einflusslogik in der europäischen Politik*. S. 141-158 in: Ansgar Klein et al. (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske+Budrich.
- Rootes, Chris, 1999: *The Transformation of Environmental Activism: activists, organisations and policy-making*. *Innovation* 12: 153-173.
- Rucht, Dieter und Jochen Roose, 2001: *Von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch. Zum Wandel von Aktionen und Struktur der Ökologiebewegung*. S. 173-210 in: Dieter Rucht (Hg.): *Protest in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M.: Campus.
- Rucht, Dieter und Jochen Roose, 2003: *Environmental Protest in Germany: A Tale of Stability*. In: Christopher Rootes (Hg.): *Environmental Protest in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, in Vorbereitung.
- Scheufele, Bertram und Hans-Bernd Brosius, 1999: *The frame remains the same? Stabilität und Kontinuität journalistischer Selektionskriterien am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber*. *Rundfunk und Fernsehen* 47: 409-432.
- Scheufele, Dietram A., 1999: *Framing as a Theory of Media Effects*, *Journal of Communication* 14: 103-122.
- Schmitter, Philippe C., 1996: *Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States*. S. 15-39 in: Gary Marks et al. (Hg.): *Governance in the European Union*. Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage.
- Schulz, Winfried, 1983: *Conceptions of Europe*. S. 241-257 in: Jay G. Blumler (Hg.): *Communicating to voters. Television in the first European Parliament Elections*. London: Sage.
- Sievert, Holger, 1998: *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Snow, David A. und Robert D. Benford, 1988: *Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization*. S. 197-218 in: Bert Klandermans et al. (Hg.): *From Structure to Action: Comparing Social Movement Across Cultures*. London: Jai Press.
- Snow, David A. et al., 1986: *Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation*, *American Sociological Review* 51: 464-481.
- Stiehler, Hans-Jörg, 2000: *"Nach der Wahl ist vor der Wahl": Interpretationen als Gegenstand der Medienforschung*. S. 105-120 in: Hans Bohrmann et al. (Hg.): *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Stiehler, Hans-Jörg und Mirko Marr*, 1995: "Zwei Fehler sind gemacht worden, und deshalb sind wir nicht mehr im Wettbewerb". Erklärungsmuster der Medien und des Publikums in der Kommentierung des Scheiterns der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1994, *Rundfunk und Fernsehen* 43: 330-349.
- Stiehler, Hans-Jörg und Mirko Marr*, 1996: "Totgesagte leben länger": Erklärungsmuster der Medien und des Publikums zum Abschneiden der PDS bei den Kommunalwahlen in Leipzig 1994. S. 119-149 in: *Christina Holtz-Bacha und Lynda Lee Kaid* (Hg.): *Wahlen und Wahlkampf in den Medien: Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tak, Jaetaek*, 1999: *Public Relations einer internationalen Organisation im Urteil von Auslandskorrespondenten. Eine Fallstudie am Beispiel der Europäischen Union*. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Tennert, Falk und Hans-Jörg Stiehler*, 2001: *Interpretationsgefechte. Ursachenzuschreibungen an Wahlabenden im Fernsehen*. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag.
- Tobler, Stefan*, 2002: *Zur Emergenz transnationaler Öffentlichkeiten. Konfliktinduzierter Kampf um Definitionsmacht und transnationale Kommunikationsverdichtung im Politikprozess "Internationaler Steuerpolitik im EU- und OECD-Raum*. S. 260-284 in: *Kurt Imhof et al.* (Hg.): *Integration und Medien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tonnemacher, Jan*, 1995: *Ökonomische Determinanten eines "Kommunikationsraumes Europa" am Beispiel Fernsehen*. S. 51-55 in: *Lutz Erbring* (Hg.): *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz: Oel-schlager.
- Trenz, Hans-Jörg*, 2000: *Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit?* S. 332-359 in: *Maurizio Bach* (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tumber, Howard*, 1995: *Marketing Maastricht: the EU and news management, Media, Culture and Society* 17: 511-519.
- van de Steeg, Marianne*, 1999: *A Case for an European public sphere. An analysis of the Dutch and Spanish newspaper debates on EU enlargement with the Central Eastern European Countries to suggest elements of a transnational European public sphere, "Transnationale Kommunikation in Europa"*. Berlin.
- Voltmer, Katrin*, 1994: *Politik-Profil. Ein inhaltsanalytisches Kategoriensystem zur Erfassung politischer Positionen und seine Anwendung auf die politische Berichterstattung der Massenmedien und die Pressemitteilungen der Parteien während des Bundestagswahlkampfes 1990. Abteilungsinterne Reihe: Technische Berichte FS III/2 T94-7*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Voltmer, Katrin*, 1997: *Medien und Parteien im Wahlkampf. Die ideologische Präferenzen der meinungsführenden Tageszeitungen im Bundestagswahlkampf 1990, Rundfunk und Medien* 45: 173-193.
- Weiß, Hans-Jürgen*, 1989: *Öffentliche Streitfragen und massenmediale Argumentationsstruktur. Ein Ansatz zur Analyse der inhaltlichen Dimensionen im Agenda Setting-Prozeß*. S. 473-489 in: *Max Kaase und Winfried Schulz* (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Sonderheft 30 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wessels, Wolfgang*, 1997: *An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes, Journal of Common Market Studies* 35: 267-299.
- Wilke, Jürgen*, 1999: *Leitmedien und Zielgruppenorgane*. S. 302-329 in: *Jürgen Wilke* (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Zürn, Michael*, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaates. Denationalisierung und Globalisierung als Chance*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.